



## Niederschrift 48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 02.09.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Friedrich - Ebert - Str. 79/81, Raum 3.074

---

### Anwesend sind:

Herr Dr. Grittner, Wolfgang	DIE LINKE	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE	
Frau Oldenburg, Brigitte	DIE LINKE	16:40 bis 17:55 Uhr
Herr Dr. Przybilski, Helmut	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	bis 17:55 Uhr
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis	

### Nicht anwesend sind:

Herr Näder, Volkmar	CDU	entschuldigt
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	nicht entschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Einladung, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung der Niederschrift vom 10.06.2008
- 1.1 Feststellung zum Eingang von Eingaben, die nach dem öffentlichen Aushang der Tagesordnung eingegangen sind und ihre Aufnahme in die Tagesordnung
- 1.2 Anträge und Feststellungen zum Ausschluss der Öffentlichkeit
- 1.3 Kenntnisnahme der Antwortschreiben zu den abschließend bearbeiteten Eingaben
- 2 Beschwerdemanagement  
Herr Hadlich  
Büro des Oberbürgermeisters
- 3 Eingabe 16/08 - Baumaßnahme
- 3.1 Stellungnahme der Verwaltung

- 3.2 Ergebnis der Beratung des Ausschusses Stadtplanung und Bauen
- 4 Eingabe 17/08 - Kostenbescheid  
Beschwerdeführer hat die Eingabe zurückgezogen
- 5 Eingabe 18/08 - Anwohnerparkzone Albert Einstein Straße
- 5.1 Stellungnahme der Verwaltung
- 6 Eingabe 19/08 - Kostenbescheid im Zusammenhang mit Bauantrag
- 6.1 Stellungnahme der Verwaltung
- 7 Eingabe 20/08 - Bearbeitungszeiten in der Unteren Denkmalschutzbehörde
- 7.1 Ergebnis der Beratung des Ausschusses Stadtplanung und Bauen
- 8 Eingabe 21/08 - Schulsportanlage Groß Glienicke
- 8.1 Stellungnahme der Verwaltung
- 9 Eingabe 23/08 - verschiedene Anliegen
- 9.1 Stellungnahmen der Verwaltung
- 10 Eingabe 25/08 - Bußgeldbescheid
- 10.1 Stellungnahme der Verwaltung
- 11 Eingabe 27/08 - Baumaßnahmen in der Russischen Kolonie
- 11.1 Stellungnahme der Verwaltung
- 12 Eingabe 28/08 - Lärmbelästigung durch Tram und Bus
- 12.1 Stellungnahme des ViP
- 13 Eingabe 29/08 - Anliegerbeteiligung zum Straßenausbau
- 14 Eingabe 30/08 - veränderte Verkehrsführung am Brauhausberg
- 15 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

**zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Einladung, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung der Niederschrift vom 10.06.2008**

Der Ausschussvorsitzende Herr Krause begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind sechs Mitglieder anwesend.

Zur Tagesordnung schlägt der Ausschussvorsitzende vor, den TOP 7 – Eingabe 20/08 nach dem TOP 2 zu behandeln, da Frau Rademacher noch einen Termin habe.

Gegen diese Änderung erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung wird in der geänderten Form bestätigt.

Zur Niederschrift vom 10.06.2008 gibt es keine Hinweise und Änderungswünsche, sie wird einstimmig bestätigt.

**zu 1.1 Feststellung zum Eingang von Eingaben, die nach dem öffentlichen Aushang der Tagesordnung eingegangen sind und ihre Aufnahme in die Tagesordnung**

Nach dem öffentlichen Aushang der Tagesordnung sind die Eingaben 29/08 betr. geplante Baumaßnahme Am Sportplatz sowie die Eingabe 30/08 betr. Veränderte Verkehrsführung Am Brauhausberg, eingegangen.

Gegen den Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, die Eingaben in der heutigen Sitzung zu beraten, erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 1.2 Anträge und Feststellungen zum Ausschluss der Öffentlichkeit**

Es besteht keine Notwendigkeit die Öffentlichkeit auszuschließen.

**zu 1.3 Kenntnisnahme der Antwortschreiben zu den abschließend bearbeiteten Eingaben**

Die Schreiben zu den abschließend behandelten Eingaben werden zur Kenntnis genommen.

**zu 2 Beschwerdemanagement**

Zu diesem TOP begrüßt der Ausschussvorsitzende Herrn Hadlich, Leiter des Büros des OBM.

Herr Hadlich führt aus, dass man sich mit diesem Thema intensiv auseinandergesetzt habe und bemüht sei, eine Verbesserung zu erreichen.

Alle Beschwerdeführer erhalten nun eine Eingangsbestätigung. Die Wiedervorla-

ge der Beschwerden, die in den einzelnen Fachbereichen bearbeitet werden, läge nun in „einer Hand“.

Lt. Kommunalverfassung muss die Beantwortung innerhalb von vier Wochen erfolgen; die Verwaltung habe sich eine Wiedervorlagefrist von drei Wochen gesetzt, um auf Verzögerungen reagieren zu können.

Weiter sei man dabei, ein System zu etablieren, dass die Bearbeitung innerhalb der Verwaltung sichtbar macht – etwa in Form einer digitalen Akte.

Der Ausschussvorsitzende begrüßt den erreichten Stand und schlägt vor, den Stadtverordneten im Januar 2009 dazu eine Mitteilungsvorlage vorzulegen.

Den Mitgliedern liegt die Eingabenübersicht der Wahlperiode 2003 – 2008 vor. Danach wurden von den 234 Eingaben 225 abschließend erledigt; bei einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von 54 Tagen.

**Häufigste Eingabehalte (berechnet nach den Gesamteingaben):**

Bauen, Wohnen, Grundstücke	35%
Gebühren und Abgaben (Steuern)	29%
Verkehr	6%
Umwelt	6%
Sonstiges	24%

**zu 3 Eingabe 16/08 - Baumaßnahme**

Die Eingabe wurde in der letzten Sitzung des Ausschusses am 10.06.2008 abschließend mit der Festlegung behandelt, den Eingabevorgang dem Oberbürgermeister und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen zu übergeben.

**zu 3.1 Stellungnahme der Verwaltung**

Daraufhin hat der Eingabenausschuss mit Schreiben vom 30.06.2008 eine erneute Stellungnahme aus dem Bereich Bauaufsicht – Untere Bauaufsichtsbehörde erhalten. Darin wird der Sachverhalt nochmals aufgezeigt und sehr ausführlich erläutert.

**Festlegung:**

Der Eingabeverfasser erhält die weitere Stellungnahme der Verwaltung.

**zu 3.2 Ergebnis der Beratung des Ausschusses Stadtplanung und Bauen**

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen hat in seiner Sitzung am 08.07.2008 den Sachverhalt zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss vertritt die Auffassung, dass eine Klärung gegebenenfalls gerichtlich erfolgen müsse, da die Mitglieder des Ausschusses keine Juristen seien und keine Entscheidung fällen können.

**zu 4**            **Eingabe 17/08 - Kostenbescheid**  
**Beschwerdeführer hat die Eingabe zurückgezogen**  
Der Eingabenausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Beschwerdeführer seine Eingabe mit Schreiben vom 19.06.2008 zurück genommen hat.

**zu 5**            **Eingabe 18/08 - Anwohnerparkzone Albert Einstein Straße**  
Die Eingabe wurde in der Sitzung am 10.06.2008 mit der Maßgabe behandelt, **die Erwiderung des Beschwerdeführers** auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 07.05.2008 zur erneuten Stellungnahme dem Bereich Straßenverkehr zu übergeben.

**zu 5.1**        **Stellungnahme der Verwaltung**  
Mit Schreiben vom 04.07.2008 geht die Verwaltung noch einmal sehr ausführlich auf den Sachverhalt ein.

Dem Beschwerdeführer wurde die erneute Stellungnahme auf Grund der Sommerpause bereits übergeben.

Der Ausschuss sieht mit dieser Stellungnahme die Eingabe als erledigt an.

**Festlegung:**

Der Beschwerdeführer erhält ein Abschluss schreiben.

**zu 6**            **Eingabe 19/08 - Kostenbescheid im Zusammenhang mit Bauantrag**  
Die Eingabe wurde in der Sitzung am 10.06.2008 mit der Maßgabe behandelt, **die Erwiderung des Beschwerdeführers** auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 08.05.2008 zur erneuten Stellungnahme dem Bereich Bauaufsicht – Untere Bauaufsichtsbehörde zu übergeben.

**zu 6.1**        **Stellungnahme der Verwaltung**  
Die Stellungnahme der Verwaltung vom 02.07.2008 erläutert den bestehenden Sachverhalt und die gesetzlichen Regelungen noch einmal sehr ausführlich.

Dem Beschwerdeführer hat auf Grund der Sommerpause die erneute Stellungnahme bereits erhalten.

Damit sieht der Ausschuss die Eingabe als erledigt an.

**Festlegung:**

Der Beschwerdeführer erhält ein Abschluss schreiben.

**zu 7 Eingabe 20/08 - Bearbeitungszeiten in der Unteren Denkmalschutzbehörde**

Zu diesem TOP begrüßt der Ausschussvorsitzende Frau Rademacher, Fachbereichsleiterin Stadterneuerung und Denkmalpflege.

Die Eingabe wurde bereits in der letzten Ausschusssitzung am 10.06.2008 mit der Festlegung behandelt, den Eingabevorgang dem Oberbürgermeister und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen mit der Bitte um Kenntnisnahme und eventuell weiteren Bearbeitung zu übergeben.

Frau Rademacher erklärt zunächst den Sachverhalt zu dieser Eingabe; räumt aber ein, dass eine Bearbeitungszeit von 1 ½ Jahren tatsächlich sehr hoch sei. An Hand einer Statistik (Tischvorlage) zeigt sie die Entwicklung der stetig gestiegenen Anträge auf. Trotz dieser Entwicklung wurde erst ab April 2008 eine zweite Stelle geschaffen, die aber im Verhältnis zu den Anträgen noch nicht ausreichend sei.

Mit der Einführung neuer Verfahren ab Juli 2008 (Bsp. Bauherren werden stärker in die Pflicht genommen), erhoffe man sich eine spürbare Verbesserung.

Auf die Frage von Herrn Wartenberg, ob die Eingabeverfasserin zwischenzeitlich einen Bescheid erhalten habe, antwortet Frau Rademacher, dass ihr der Bearbeitungsstand momentan nicht bekannt sei.

Herr Wartenberg bittet diese Information dem Protokoll nachträglich beizufügen.

**zu 7.1 Ergebnis der Beratung des Ausschusses Stadtplanung und Bauen**

Der Protokollauszug der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen am 08.07.2008 liegt den Mitgliedern vor.

**zu 8 Eingabe 21/08 - Schulsportanlage Groß Glienicke**

Die Eingabe wurde bereits in der Sitzung des Eingabenausschusses am 10.06.2008 abschließend behandelt.

Im Ergebnis dessen hat der Ausschuss wegen des bereits anhängigen Gerichtsverfahrens seine Unzuständigkeit festgestellt.

Im weiteren wurde der Eingabevorgang dem Oberbürgermeister, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen und dem Ortsbürgermeister Groß Glienicke mit der Bitte um Weiterbearbeitung übergeben.

**zu 8.1 Stellungnahme der Verwaltung**

Mit Schreiben vom 08.07.2008 liegt dem Eingabenausschuss eine erneute Stellungnahme vor, die der Ausschussvorsitzende einer kritischen Betrachtungsweise unterzieht.

Für den Ausschuss selbst ist die Eingabe abgeschlossen, jedoch werde man auch weiterhin die Entwicklung beobachten und kritisch hinterfragen.

**zu 9 Eingabe 23/08 - verschiedene Anliegen**

Die Eingabe wurde bereits in der Sitzung des Ausschuss am 10.06.2008 behandelt.

Dabei wurde festgelegt, dass von den 17 Anliegen, die unter der Nummer 23/08 zusammengefasst sind, 6 der Verwaltung mit Bitte um Stellungnahme übergeben werden.

**zu 9.1 Stellungnahmen der Verwaltung**

Der Ausschussvorsitzende geht auf die einzelnen Antworten ein.

Zur Eingabe 23-09/08 betreffs der zusätzlichen Sitzmöglichkeiten am und im Hauptbahnhof merkt Herr Cornelius kritisch an, dass man sich mit der Antwort, zusätzliche Sitzmöglichkeiten können nicht aufgestellt werden, da sie von Personengruppen genutzt würden, die einen wenig ansprechenden Eindruck hinterließen, nicht zufrieden geben kann. Hier müsse nach anderen Möglichkeiten gesucht werden.

**Festlegung:**

Der Eingabeverfasser erhält ein Antwortschreiben und die Stellungnahmen.

**zu 10 Eingabe 25/08 - Bußgeldbescheid**

Die Eingabe wurde bereits in der letzten Sitzung des Eingabenausschusses am 10.06.2008 mit der Maßgabe behandelt, eine Stellungnahme des Fachbereichs Ordnung und Sicherheit einzuholen.

**zu 10.1 Stellungnahme der Verwaltung**

Die Stellungnahme wurde der Eingabeverfasserin auf Grund der Sommerpause bereits übersandt.

Nach kurzem Meinungsaustausch sehen die Mitglieder mit der Stellungnahme die Eingabe als erledigt an.

**Festlegung:**

Die Eingabeverfasserin erhält ein Abschlusschreiben.

**zu 11 Eingabe 27/08 - Baumaßnahmen in der Russischen Kolonie**

Die Beschwerdeführerin schreibt, dass sie mit Befremden die Baumaßnahmen auf einem Grundstück in der „Russischen Kolonie Alexandrowka“ zur Kenntnis genommen habe.

Dabei würde, ihrer Meinung nach, der Schutz der historischen Gartenanlage, die zum UNESCO Kulturerbe gehört außer Acht gelassen.

#### **zu 11.1      Stellungnahme der Verwaltung**

Dazu liegt dem Ausschuss eine Stellungnahme des Bereichs Untere Denkmalschutzbehörde vor. Danach seien die angesprochenen Befürchtungen grundlos. Die Untere Denkmalschutzbehörde betreut zusammen mit dem Bereich Grünflächen das UNESCO Kulturerbe mit der gleichen Sorgfalt wie in den vergangenen Jahren.

Die Stellungnahme wurde der Eingabeverfasserin auf Grund der Sommerpause bereits übersandt.

Nach kurzem Meinungsaustausch sehen die Mitglieder mit dieser Stellungnahme die Eingabe als erledigt an.

#### **Festlegung:**

Die Eingabeverfasserin erhält ein Abschlusschreiben.

#### **zu 12         Eingabe 28/08 - Lärmbelästigung durch Tram und Bus**

Die Eingabeverfasserin, die sich im Namen der Hausgemeinschaft an den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden wendet, schreibt, dass sich der von Straßenbahn und Buß ausgehende Lärmpegel seit Ende 2007 erheblich erhöht habe. Da selbst bei geschlossenen Fenstern der Lärm noch hörbar sei, fühlen sie sich in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt.

#### **zu 12.1      Stellungnahme des ViP**

Dazu liegt dem Ausschuss eine Stellungnahme des ViP Verkehrsbetriebes vor.

Auf Grund der Beschwerde erfolgte eine Überprüfung der Gleisanlage. Dabei wurde festgestellt, dass eine Schiene Ausbrüche aufgrund eines Materialfehlers aufwies. Dieser technische Mangel führte in diesem Bereich zu stärkeren Lärmemissionen und wurde behoben.

Nach kurzem Meinungsaustausch, bei dem u.a. eine Erörterung im Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft vorgeschlagen wird, sieht der Ausschuss mit den gegebenen Informationen die Eingabe als erledigt an.

#### **Festlegung:**

Der Eingabeverfasserin wird die Stellungnahme übergeben.

**zu 13      Eingabe 29/08 - Anliegerbeteiligung zum Straßenausbau**

Der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen hat dem Eingabenausschuss das Schreiben eines Bürgers übergeben, der darin Widerspruch gegen die Anliegerbeteiligung zum geplanten Straßenausbau einlegt und zum anderen den Beschluss der StVV (Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam ) vom 03.05.2006 in Frage stellt.

Herr Dr. Przybilski geht auf den Sachverhalt ein und schlägt vor, das Schreiben an den Oberbürgermeister weiter zu geben.

Im Ergebnis der Diskussion wird festgelegt, so zu verfahren.

**zu 14      Eingabe 30/08 - veränderte Verkehrsführung am Brauhausberg**

Der Beschwerdeführer schreibt, dass seit in Kraft treten der neuen Verkehrsführung am Brauhausberg die Anwohner unter massiver Lärm- und Schmutzbelästigung leiden.

Drei Anwohner des betreffenden Wohngebietes sind anwesend und erhalten Rederecht.

Zunächst wird die Vorgehensweise der Verwaltung dahingehend kritisiert, dass die Anwohner im Vorfeld nicht einbezogen wurden.

Herr Schulze zeigt sich verwundert, dass die neue Verkehrsführung so gestaltet wurde und erläutert die neue Situation. Für die Anwohner hat sich die Wohnqualität durch den gestiegenen Verkehr deutlich verschlechtert. Darüber habe man auch den Oberbürgermeister informiert, jedoch keine Antwort erhalten.

Die mangelnde Informationspolitik der Stadtverwaltung wird kritisch thematisiert.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt der Ausschussvorsitzende vor, zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.09.2008 einen Dringlichkeitsantrag des Eingabenausschusses mit folgendem Wortlaut zu einzubringen:

**Dringlichkeitsantrag:**

Der OBM wird aufgefordert, die für den Bereich Brauhausberg/Leipziger Str. (Speicherstadt) am 1. September 2008 festgesetzte Verkehrsregelung unter öffentlicher Anhörung der betroffenen Anwohner kritisch mit dem Ziel einer Prüfung zu unterziehen, sie durch eine Verkehrsregelung zu ersetzen, die sowohl den Anwohnerinteressen als auch den erforderlichen Bedingungen für die Baumaßnahmen in der Speicherstadt entspricht und gleichzeitig die beanstandete Verkehrsregelung vom 1. September 2008 für die Dauer der Prüfung auszusetzen.

**Begründung:**

Der Antrag ergibt sich aus einer nach Ansicht der Mitglieder des Eingabenausschusses begründeten Eingabe (30/2008), die der Ausschuss in seiner Sitzung am 2. September 2008 ausführlich beraten hat und diesem Antrag beiliegt. Die

Dringlichkeit des Antrages ergibt sich aus dem Umstand, dass wegen der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung eine dem Problem entsprechende zeitnahe Entscheidung nicht gegeben ist.

Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

**zu 15**

**Sonstiges**

Kein Redebedarf.